

Str. 216
Verträge
8 Uhr
Lange, Dresden
...
vorn. 10 Uhr
...
Chemische- und
Farben-Fabrik
...
Wolff
...
Neul
...
Spiel
...
sieg
...
Theater
...
König
...
1924
...
König
...

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung
Besatzungspreise: Für den beiden Monat 1 G. Mark
...
Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060

Nr. 217 Sonntag, 14. September 1924 XXXII. Jahrg.

Frankreichs Furcht vor der Kriegsschuldnote

Bisher keine französisch-englische Einheitsfront in der Kriegsschuldfrage — Parmoor deutet die Möglichkeit eines Schiedsgerichts an — Aengstliche Zurückhaltung der französischen Sozialisten

Die Regierung bleibt fest

Verzicht auf Notifizierung unumgänglich
Von unserem B-Mitarbeiter
Berlin, 13. September
Wir haben unmittelbar nach dem Entschluß über die Dames-Gesetze im Reichstag gefaßt, eine eingehende Darstellung der Vorgänge gegeben, die sich hinter den Kulissen abspielten, und zwar weit vor dem Eintreffen der Entscheidung über die Dames-Gesetze. Wie angebracht diese Beschränkung war, hat sich denn auch in der Folgezeit erwiesen. In den letzten Wochen ist über die Beschränkungen im Reichstag unmittelbar vor der Annahme des Dames-Gesetzes so viel zusammengekommen, daß eine nachherige unzutreffliche Vergiftung der innerpolitischen Atmosphäre eintritt. Insbesondere ist der Außenminister zur Heiligung dieser Angelegenheiten geworden, und das Generalsekretariat der Sozialdemokratischen Partei allen voran hat mit wachsender Freundschaft die aus französischer Quelle kommende und schon am 10. September durch den Reichstag beschlossene Beschränkung der Dames-Gesetze in jenen Tagen eine scharfe Kritik geübt, die in jenen Tagen nicht nur die Dames-Gesetze, sondern auch die Beschränkung der Dames-Gesetze in ein abstraktes Stadium versetzte. Sie wurde, bevor noch die Entscheidung über die Dames-Gesetze, zuerst im Reichstag angegriffen.

Das Gespenst des Revanchetrieges

Telegramm eines Korrespondenten
Paris, 13. September
Im gestrigen Ministerrat wurde die auswärtige Lage behandelt und die Frage, welche Haltung das Kabinett im Falle der Abweisung der deutschen Kriegsschuldnote einnehmen werde. Die Mitteilungen über eine bereits erfolgte Verständigung zwischen Herriot und MacDonald über gemeinsame öffentliche Verantwortung einer eventuellen deutschen Kriegsschuldnote sind durchaus verfrüht. Weder in Genf noch auf ihrer Rückkehr nach Paris haben die Ministerpräsidenten die Eventualität, daß aus Berlin eine Note über die Verantwortung für den Kriegsausbruch an die Entente gerichtet werden könnte, erörtert. Dagegen äußerte sich Lord Parmoor zu dem Genf-Verzeiher eines New-Yorker Hearst-Blattes folgendermaßen:
„Es wäre ein schweres Unrecht, wenn man mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Teile von der ausschließlichen Schuld Deutschlands am Krieg erneut feststellen würde. Ich meine, daß es nötig wäre, eine friedrichterliche Aussprache über diese Frage, die weniger kompliziert ist, als man allgemein denkt, herbeizuführen.“

Probemobilisierung in Amerika

Sonderausbildung der Dresdner
Neuesten Nachrichten
Washington, 13. Sept. (Durch United Press)
Der seitige „Defence-Day“ („Verteidigungstag“) wurde in Washington mit einer großen Parade der regulären Truppen, der Reserve, der Nationalgarde und verschiedener halb-militärischer Organisationen gefeiert. Im ganzen marschierten etwa 30 000 Mann beim Präsidenten Coolidge und seinem Kabinett vorbei, während 100 000 Zuschauer dem Schauspiel beiwohnten. Das Kriegsdepartement ist mit dem Erwerb als ansehensreich zufrieden. Wenn man sich die mächtige amtliche Maßnahme und die Freude der amerikanischen Völker für Schaukennzeichen als zum guten Teil veranlaßt für den Erfolg der „Defence-Day“ anerkennt, so zeigt der Verlauf des Nationalverteidigungstages doch, daß es lange dauern wird, bevor der Vojalismus seinen früheren Einfluß in Amerika wiedergewonnen hat. Vor dem Krieg wurde jedenfalls eine solche Massenmobilisierung unbekannt gewesen.
Der „Defence-Day“ war von den militärischen Stellen als eine Art Probemobilisierung der amerikanischen Streitkräfte gedacht worden. Die Mobilisierung dieser Probemobilisierung hat bekanntlich zu ersten politischen Auseinandersetzungen geführt. Die Demokraten erklärten, daß es eine „militärische Geste“ gemietet werden könnte und würde, während die Republikaner die Mobilisierung der Probemobilisierung als eine höchst rationales erscheinende Vorrichtungsmäßigkeit bezeichneten.
Der „Defence-Day“ ist gleichzeitig der letzte Amtstag des Generals Pershing, des Helden des „Defence-Day“-Gebäude, der heute nach 45jähriger militärischer Dienstzeit im Privatleben zurücktritt. Seine letzte Amtshandlung war die Entlassung der Redaktionen über den Verlauf des gestrigen Tages.

Einige Mitglieder dieses Oremiums richteten die Anfrage an die Regierung, wie sie sich zu diesem Problem stelle.

Die Regierung hat darauf, ohne daß von irgendeiner Seite, auch nicht etwa von den Vertretern der zur Zeit sozialdemokratisch regierten Länder, ein Einspruch erfolgt, zur Antwort gegeben, daß, falls für eine Einlösung nach London zugrunde, die diese Gelegenheiten benutzen würde, um die Kriegsschuldfrage aufzurollen. Die Form, in der das geschehen könnte, wurde dem Außenminister vorbehalten. Offen blieb die Frage, ob eine solche Erklärung vor dem Eintritt Deutschlands in die Verhandlungen abgegeben werden sollte oder erst in dem Augenblick, da Deutschland freiwillig neue schwere Lasten auf sich nehmen würde.
Der Reichsrat hat diese Haltung des Kabinetts einstimmig gebilligt.
In London ist der Zeitpunkt des Verhandlungsbeginns von der Delegation indes nicht für einig erachtet worden, um mit der Erklärung hervorzutreten. Auch während der Verhandlungen selbst hat sich keine rasche Beilegung als letzten immerhin recht bedeutsamen Schritt und am letzten Sitzungstage übertrugen sich, wie man sich erinnern wird, die Ereignisse darauf, daß der Kaiser seine Absicht, nach der Vereinfachung des Schlußprotokolls den bereits im Wortlaut formulierten Protest gegen die Kriegsschuldfrage vorzutragen, aufgab.
Vorher man sich nach der Rückkehr aus London in Berlin über den Termin für die Abgabe der Erklärung einig werden konnte, nahmen die Reichsstaatsberatungen ihren Anfang. In diese Sitzungen hinein fielen nun die Verhandlungen mit den Deutschen. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die Anwesenheit von der Deutschnationalen Volkspartei ausging.
Durch Vermittlung einer unpolitischen Stelle gab sie Dr. Stresemann ihren Wunsch nach einer Verständigung mit der Reichsregierung zu verstehen. Es haben im ganzen drei Besprechungen stattgefunden. Zunächst legten die Deutschnationalen der Regierung nahe, die Gegenseite um einen Aufschub von vierzehn Tagen zu ersuchen, um in dieser Zeit durch neue Verhandlungen insbesondere eine Verfürgung der militärischen Räumungsfähigkeit zu erreichen. Dieses Ansuchen mußte, als von vornherein völlig unzulässig, zurückgewiesen werden. Dagegen erklärte sich der Außenminister bereit, in der noch zur Verfügung stehenden, freilich äußerst kurz bemessenen Zeit die Entente mit dem Inhalt der innerpolitischen Lage vertraut zu machen.
Zugewandte positive Ergebnisse haben diese Verhandlungen nicht gebracht. Daraufhin ließen die Deutschnationalen anfragen, ob die Regierung, wenn sie auch den deutschnationalen Änderungsanträgen nicht beipflichten könne, nicht wenigstens zu betonen erlöbt sei, daß sie im Prinzip mit diesen Anträgen übereinstimme.
Weiter wurde von den Deutschnationalen die Frage gestellt, ob die Regierung in der Lage sei, in der Kriegsschuldfrage eine Erklärung abzugeben. Dieses Ansuchen deckte sich mit der Absicht des Kabinetts, bei dem Eintritte des Dames-Gesetzes ein solches Bekenntnis abzugeben. Damit war die Grund-

Wenn der betreffende amerikanische Journalist diese Äußerung Formosa nicht wiedergeben hat, so steht außer Zweifel, daß zwischen London und Paris hinsichtlich der Behandlung der kommenden Kriegsschuldnote Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind.

Einige Mitglieder dieses Oremiums richteten die Anfrage an die Regierung, wie sie sich zu diesem Problem stelle. Die Regierung hat darauf, ohne daß von irgendeiner Seite, auch nicht etwa von den Vertretern der zur Zeit sozialdemokratisch regierten Länder, ein Einspruch erfolgt, zur Antwort gegeben, daß, falls für eine Einlösung nach London zugrunde, die diese Gelegenheiten benutzen würde, um die Kriegsschuldfrage aufzurollen. Die Form, in der das geschehen könnte, wurde dem Außenminister vorbehalten. Offen blieb die Frage, ob eine solche Erklärung vor dem Eintritt Deutschlands in die Verhandlungen abgegeben werden sollte oder erst in dem Augenblick, da Deutschland freiwillig neue schwere Lasten auf sich nehmen würde.
Der Reichsrat hat diese Haltung des Kabinetts einstimmig gebilligt.
In London ist der Zeitpunkt des Verhandlungsbeginns von der Delegation indes nicht für einig erachtet worden, um mit der Erklärung hervorzutreten. Auch während der Verhandlungen selbst hat sich keine rasche Beilegung als letzten immerhin recht bedeutsamen Schritt und am letzten Sitzungstage übertrugen sich, wie man sich erinnern wird, die Ereignisse darauf, daß der Kaiser seine Absicht, nach der Vereinfachung des Schlußprotokolls den bereits im Wortlaut formulierten Protest gegen die Kriegsschuldfrage vorzutragen, aufgab.
Vorher man sich nach der Rückkehr aus London in Berlin über den Termin für die Abgabe der Erklärung einig werden konnte, nahmen die Reichsstaatsberatungen ihren Anfang. In diese Sitzungen hinein fielen nun die Verhandlungen mit den Deutschen. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß die Anwesenheit von der Deutschnationalen Volkspartei ausging.
Durch Vermittlung einer unpolitischen Stelle gab sie Dr. Stresemann ihren Wunsch nach einer Verständigung mit der Reichsregierung zu verstehen. Es haben im ganzen drei Besprechungen stattgefunden. Zunächst legten die Deutschnationalen der Regierung nahe, die Gegenseite um einen Aufschub von vierzehn Tagen zu ersuchen, um in dieser Zeit durch neue Verhandlungen insbesondere eine Verfürgung der militärischen Räumungsfähigkeit zu erreichen. Dieses Ansuchen mußte, als von vornherein völlig unzulässig, zurückgewiesen werden. Dagegen erklärte sich der Außenminister bereit, in der noch zur Verfügung stehenden, freilich äußerst kurz bemessenen Zeit die Entente mit dem Inhalt der innerpolitischen Lage vertraut zu machen.
Zugewandte positive Ergebnisse haben diese Verhandlungen nicht gebracht. Daraufhin ließen die Deutschnationalen anfragen, ob die Regierung, wenn sie auch den deutschnationalen Änderungsanträgen nicht beipflichten könne, nicht wenigstens zu betonen erlöbt sei, daß sie im Prinzip mit diesen Anträgen übereinstimme.
Weiter wurde von den Deutschnationalen die Frage gestellt, ob die Regierung in der Lage sei, in der Kriegsschuldfrage eine Erklärung abzugeben. Dieses Ansuchen deckte sich mit der Absicht des Kabinetts, bei dem Eintritte des Dames-Gesetzes ein solches Bekenntnis abzugeben. Damit war die Grund-

„Rache für Matteotti“

Attentat auf den faschistischen Abgeordneten
Casalini
Mailand, 13. September. (Eigener Drahtbericht.) Ein faschistischer Abgeordneter ist gestern das Opfer eines Attentats geworden. Der Abgeordnete Casalini, Vize-Sekretär des faschistischen Gewerkschaftsbundes, Herausgeber der faschistischen Gewerkschaftszeitung, wurde gestern früh um 10 Uhr, als er in Begleitung seiner Tochter auf der elektrischen Bahn von der Wohnung in die Stadt fuhr, um in sein Bureau zu gelangen, von einem Arbeiter, der plötzlich und unerwartet seinen Revolver aus der Tasche zog, durch vier Schüsse niedergestreckt. Zwei Schüsse gerieten in den linken Brust und den Rücken. Casalini hat nach zwei Stunden im Krankenhaus, ohne die Bewußtlosigkeit wiedererlangt zu haben.
Der Täter verlor, in der allgemeinen Aufregung an entfallen, aber es gelang, ihn dingfest zu machen und der Polizei anzuvertrauen. Bei seinem Verhör gab er an, Corvi zu heißen und Arbeiter zu sein. Er habe den Mord vollbracht, um Matteotti zu rächen. Er habe diese Tat aus freiem Entschluß getan, ohne von irgendeiner Seite dazu Anlaß zu haben. In der Tat fand man eine Anzahl von Photographen Matteotti bei ihm vor. Er machte beim Verhör einen völlig achtschmerzhaften Eindruck. Ob er Kommunist oder Sozialist ist, steht bis jetzt noch nicht fest.
Der Ministerrat trat sofort zusammen und hat Maßnahmen beschlossen, die zum Schutze der öffentlichen Ordnung notwendig sind. Auch das faschistische Direktorium ist auf der Stelle zumarschieren und hat einen Aufruf erlassen, der vor Racheaktionen warnt und die Anhänger auffordert, die Ruhe zu bewahren.
In Mailand ist es an einem an sich unbedeutenden Arbeiteraufstandes Stadtbureau des „Corriere della Sera“ gekommen. Dort hat aber die Polizei durch umfassende Sicherheitsmaßnahmen jeden Zwischenfall zu verhindern vermocht. Bei den Trübseligkeiten und anderen gefährlichen Stellen sind Polizeianstalten und Truppenkontingente zusammengezogen worden. Ganze Kompanien liegen in den betreffenden Gassen bereit. Der Verbleib der Arbeiter hat sich zunächst große Angst bemächtigt, so daß die Läden vorzeitig geschlossen wurden. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Ruhe abem all an freierhalten bleibt.

Die Dinge liegen aber im Augenblick, wie aus Unberufenen vorläufigen Worten, keineswegs so, daß wirklich ernst gemeinte Äußerungen an uns ergangen sind, jetzt um die Aufnahme in den Völkerbund einzutreten.

Die Dinge liegen aber im Augenblick, wie aus Unberufenen vorläufigen Worten, keineswegs so, daß wirklich ernst gemeinte Äußerungen an uns ergangen sind, jetzt um die Aufnahme in den Völkerbund einzutreten. Wenn es etwa MacDonald in der Tat darum zu tun war, Deutschland den Weg in den Völkerbund zu öffnen, so hätte er Mittel und Wege genug gehabt, um durch den englischen Botschafter in Berlin der deutschen Regierung entsprechende Schritte nahezu legen. Nichts dergestaltiges ist erfolgt, und es verdient in diesem Zusammenhang auch erwähnt zu werden, daß niemals während der Londoner Konferenzen, obwohl sie oft genug dazu Gelegenheit hatten, weder der englische Ministerpräsident noch der Vertreter Englands im Völkerbund den deutschen Delegierten gegenüber jemals das Völkerbundthema berührt haben.
Wir haben Grund zu der Annahme, daß das Reichskabinett, das Anfang nächster Woche sich endgültig entscheiden dürfte, sich durch diese Dinge nicht von dem ins Auge gefassten Weg abbringen lassen wird. Nachdem die Regierung einmal die Notifizierung angekündigt hat, würde sie — wir haben das schon einmal betont — alle Autorität vor dem Auslande einbüßen, wenn sie sich plötzlich ins Manoeuvre verwarf.
Man hat eingewandt, daß durch den Vollzug der Notifizierung Deutschland sich um alle Aussicht brächte, noch in dieser Session in den Schöpf des Völkerbundes aufgenommen zu werden. Die Reichsregierung vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß ein Eintritt in den Völkerbund für sie überhaupt nicht diskutabel ist, ehe die Frage der Kriegsschuld nicht gelöst ist. In einer Erneuerung des Bekenntnisses zur Schuld am Krieg wird sie sich nie und nimmer verstehen. Sie betrachtet die Frage des Eintritts in den Völkerbund ausschließlich vom Gesichtspunkt der rein sachmäßigen Zweckmäßigkeit.
Die Dinge liegen aber im Augenblick, wie aus Unberufenen vorläufigen Worten, keineswegs so, daß wirklich ernst gemeinte Äußerungen an uns ergangen sind, jetzt um die Aufnahme in den Völkerbund einzutreten. Wenn es etwa MacDonald in der Tat darum zu tun war, Deutschland den Weg in den Völkerbund zu öffnen, so hätte er Mittel und Wege genug gehabt, um durch den englischen Botschafter in Berlin der deutschen Regierung entsprechende Schritte nahezu legen. Nichts dergestaltiges ist erfolgt, und es verdient in diesem Zusammenhang auch erwähnt zu werden, daß niemals während der Londoner Konferenzen, obwohl sie oft genug dazu Gelegenheit hatten, weder der englische Ministerpräsident noch der Vertreter Englands im Völkerbund den deutschen Delegierten gegenüber jemals das Völkerbundthema berührt haben.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß das Reichskabinett, das Anfang nächster Woche sich endgültig entscheiden dürfte, sich durch diese Dinge nicht von dem ins Auge gefassten Weg abbringen lassen wird.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß das Reichskabinett, das Anfang nächster Woche sich endgültig entscheiden dürfte, sich durch diese Dinge nicht von dem ins Auge gefassten Weg abbringen lassen wird. Nachdem die Regierung einmal die Notifizierung angekündigt hat, würde sie — wir haben das schon einmal betont — alle Autorität vor dem Auslande einbüßen, wenn sie sich plötzlich ins Manoeuvre verwarf.
Man hat eingewandt, daß durch den Vollzug der Notifizierung Deutschland sich um alle Aussicht brächte, noch in dieser Session in den Schöpf des Völkerbundes aufgenommen zu werden. Die Reichsregierung vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß ein Eintritt in den Völkerbund für sie überhaupt nicht diskutabel ist, ehe die Frage der Kriegsschuld nicht gelöst ist. In einer Erneuerung des Bekenntnisses zur Schuld am Krieg wird sie sich nie und nimmer verstehen. Sie betrachtet die Frage des Eintritts in den Völkerbund ausschließlich vom Gesichtspunkt der rein sachmäßigen Zweckmäßigkeit.
Die Dinge liegen aber im Augenblick, wie aus Unberufenen vorläufigen Worten, keineswegs so, daß wirklich ernst gemeinte Äußerungen an uns ergangen sind, jetzt um die Aufnahme in den Völkerbund einzutreten. Wenn es etwa MacDonald in der Tat darum zu tun war, Deutschland den Weg in den Völkerbund zu öffnen, so hätte er Mittel und Wege genug gehabt, um durch den englischen Botschafter in Berlin der deutschen Regierung entsprechende Schritte nahezu legen. Nichts dergestaltiges ist erfolgt, und es verdient in diesem Zusammenhang auch erwähnt zu werden, daß niemals während der Londoner Konferenzen, obwohl sie oft genug dazu Gelegenheit hatten, weder der englische Ministerpräsident noch der Vertreter Englands im Völkerbund den deutschen Delegierten gegenüber jemals das Völkerbundthema berührt haben.

Die Anruhen in Arabien

Xaira, 12. September. Die Zeitung „Mashram“ veröffentlicht unter Vorbehalt ein Telegramm aus Mekka, in dem mitgeteilt wird, daß die Haddid bei der Einnahme der Dschafat Vall (Dschafat) in Mekka niedergebrannt, Gräber zerstört, in Mekka aber alle Männer und Frauen niedergemetzelt haben. Die Unterzeichner des Telegramms erbitten Hilfe.